



### Presseschau vom 02.03.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends / nachts:

de.sputniknews.com: Zypries fordert Fortschritte bei Minsk: Russische Wirtschaft wächst trotz Sanktionen

Trotz Sanktionen rechnen deutsche Unternehmen in Russland 2018 mit einem deutlichen Aufschwung. Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries fordert von Russland Fortschritte im Minsk-Prozess. Der neue russische Botschafter kontert.

Mehr als drei Viertel der 141 befragten Unternehmen, die sich in Russland engagieren, haben in einer am Donnerstag veröffentlichten Umfrage eine positive Entwicklung der russischen Wirtschaft prognostiziert. Fast genauso viele leiden unter den Sanktionen, die ab 2014 von der EU und den USA eingeführt worden waren. 94 Prozent der Befragten sprachen sich in der Umfrage des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft und der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer (AHK) für einen Abbau der Strafmaßnahmen aus.

„Anders als in früheren Umfragen, in denen sich eine Mehrheit für die sofortige Abschaffung der Sanktionen aussprach, unterstützen die meisten Unternehmen nun die Position des Ost-Ausschusses, Sanktionen schrittweise und parallel zu Fortschritten im Minsker Friedensprozess abzubauen“, bemerkte der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Wolfgang Büchele. *Einseitige Forderungen der Ministerin*

Die Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) forderte weitere Entwicklungen bei den Minsker-Gesprächen auf der 5. Russland-Konferenz des Ost-Ausschusses und der AHK: „Wir meinen, dass Fortschritte im Minsk-Prozess gemacht werden müssen, aber diese müssen von der russischen Seite gemacht werden.“ Es könne ohne solche Fortschritte keine

vollständige Normalität geben, erklärte die Ministerin.

Als „beispielloses und illegitimes Diktat“ bezeichnete der designierte russische Botschafter Sergej Netschajew auf der Konferenz die EU-Sanktionen gegen die Russische Föderation und machte deutlich, dass Russland nicht zu den Konfliktparteien in der Ost-Ukraine gehöre. „Uns bedrückt das sehr. Wir arbeiten mit den betroffenen Parteien an der Lösung dieser Probleme. Sie wissen, dass wir die Sanktionen für illegal und gesetzeswidrig halten. Aber wir weinen nicht. Wir adaptieren uns an die Herausforderungen und Bedrohungen, die diese Sanktionen mit sich bringen“, betonte Netschajew bei seiner Rede.

*Sanktionen stärken die russische Wirtschaft?*

Und tatsächlich haben die Strafmaßnahmen gegen Russland nicht nur negative Folgen. Die Landwirtschaft und die Ernährungsindustrie werden von 66 Prozent der deutschen Unternehmen, die an der Umfrage teilgenommen haben, weiterhin mit deutlichem Abstand als die wachstumsstärksten Branchen in Russland eingeschätzt. Sie profitieren nicht zuletzt vom russischen Importverbot für westliche Agrarprodukte und staatlicher Förderung. Auch die Modernisierung habe durch die protektionistischen Maßnahmen zugenommen, erklärt der Leiter des Zentrums für Außenwirtschaft des Ifo-Instituts, Prof. Gabriel Felbermayr. „In der Geschichte hat sich das jedoch nachhaltig kaum bewährt“, warnt der Wirtschaftsforscher im Sputnik-Interview.

Die deutschen Exporteure blicken optimistisch in die Zukunft. „Nachdem die Ausfuhren nach Russland im Gesamtjahr 2017 um 20 Prozent gestiegen sind, rechnen 36 Prozent der Unternehmen auch für 2018 mit Zuwächsen, 57 Prozent erwarten stabile Umsätze.“ Der Weg zurück zu den Rekordzahlen aus dem Jahr 2012 mit rund 80 Milliarden Euro Handelsumsatz ist noch sehr weit, aber die Richtung stimmt wieder“, sagte der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Büchele.

Prorussische Separatisten und Regierungstruppen bekämpfen sich seit 2014 in der Ost-Ukraine. Die Sanktionen gegen Russland schaden nicht nur der russischen Wirtschaft enorm, sondern auch der deutschen. Nach Einschätzung der deutschen Wirtschaft summieren sich die Verluste europäischer Firmen auf einen dreistelligen Milliardenbetrag.

## **Vormittags:**

**Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden einmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.**

**Beschossen wurden das Gebiet von Kalinowka.**

**Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen.**

de.sputniknews.com: Russlands Flugabwehr verhindert fünf Luftraumverstöße in einer Woche

Russische Fliegerkräfte haben in der vergangenen Woche insgesamt fünf Einsätze zum Abfangen unbemannter Fluggräte an den russischen Grenzen absolviert, wie die russische Armeezeitung „Krasnaja Swesda“ berichtet.

Nach den Angaben waren im genannten Zeitraum insgesamt 22 ausländische Drohnen gesichtet worden, die Aufklärung an den Grenzen Russlands betrieben haben. Fünf davon waren von der Flugabwehr abgefangen und begleitet worden.

Es wird unterstrichen, dass es zu keinen Verletzungen des russischen Luftraums gekommen sei.

armiyadnr.su: In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **dreimal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von zwei Ortschaften der Republik mit Mörsern des Kalibers 82mm, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

de.sputniknews.com: US-Außenministerium billigt Verkauf von 37 Javelins an Kiew  
Das US-Außenministerium hat den Verkauf von 37 Raketenkomplexen Javelin und von 210 Raketen für sie an die Ukraine für insgesamt 47 Millionen Dollar befürwortet, wie aus dem Pentagon verlautete.

Nun können die Seiten den entsprechenden Vertrag abschließen.

Wie im Pentagon ergänzt wurde, sei dem Kongress eine entsprechende Benachrichtigung geschickt worden. Es hieß, die Entscheidung sei auf eine Anfrage der ukrainischen Regierung hin getroffen worden.

Die Regierung werde demnach keinerlei zusätzliche Verpflichtungen gegenüber der ukrainischen Seite haben.

In der amerikanischen Militärbehörde hieß es, dass der Verkauf der Javelin-Raketenkomplexe an Kiew die Souveränität der Ukraine schütze, das militärische Kräftegleichgewicht in der Region aber nicht verändere.

„Der vorgeschlagene Verkauf wird die Außenpolitik und die nationale Sicherheit der USA durch die Stärkung der Sicherheit der Ukraine fördern. Die Javelin-Komplexe werden der Ukraine helfen, ihr langfristiges Verteidigungspotential zu schaffen, um die eigenen Bedürfnisse hinsichtlich der nationalen Sicherheit zu befriedigen. Die Ukraine wird keinerlei Probleme mit der Einführung dieser Komplexe in ihre Streitkräfte haben“, heißt es in der Mitteilung der Agentur für Verteidigungskooperation und Sicherheit.

Vertreter der US-Regierung und des Auftragnehmers werden zwecks Umsetzung des Vertrags in die Tat zeitweilig in die Ukraine reisen, um das ukrainische Militär in der Nutzung dieser Raketenkomplexe zu schulen.

Das Weiße Haus hatte Ende 2017 die Genehmigung für Waffenlieferungen an die Ukraine erteilt. Insbesondere geht es um die Panzerabwehr-Raketenkomplexe Javelin und um Scharfschützengewehre. Zuvor hatte Kiew bereits mehrmals baldige Lieferungen amerikanischer Waffen angekündigt.

Am Mittwoch erklärte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko, dass die erste Partie amerikanischer Waffen schon in mehreren Wochen eintreffen werde. Das Pentagon bezeichnete diese Mitteilung jedoch als verfrüht.

Russland tritt gegen derartige Handlungen ein, wobei es betont, dass sie lediglich eine Zuspitzung des Konflikts im Donbass provozieren würden. Auch die meisten europäischen Politiker verhalten sich negativ zur Idee, der Ukraine Waffen zu liefern.

Ukrinform.ua: Präsident Poroschenko begrüßt „Javelin“-Lieferungen an Ukraine

Die USA haben mit ihrem Beschluss über die Lieferungen der Panzerabwehrraketen „Javelin“ die Front der internationalen Militärunterstützung der Ukraine errichtet.

Das schrieb der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko auf seiner Facebook-Seite.

„Fantastische Nachricht aus den USA. Die Ukraine wird das erhalten, wovon viel gesprochen, was aber nicht bestätigt wurde - „Javelin“! Gemäß meinen Vereinbarungen mit der amerikanischen Führung und der parteiübergreifenden Unterstützung des Kongresses wird das Realität. Die Front für die Front der internationalen Militärunterstützung der Ukraine wurde errichtet“, so Poroschenko.

Der ukrainische Staatschef bedankte sich beim US-Präsident Donald Trump und bei allen, die

die Ukraine unterstützten, für diese historische Entscheidung. Nur die Einheit und Solidarität würden den Aggressor stoppen und die „Freie Welt vor seinen wahnsinnigen Ambitionen“ retten.

Das US-Außenministerium hatte am 1. März den Verkauf von Panzerabwehrraketen „Javelin“ im Wert von 47 Millionen Dollar an die Ukraine genehmigt

Dnr-online.ru: Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination und im Verhandlungsprozess teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 3. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Petrowskoje, Dokutschajewsk.**

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 121. In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 149.

Wir erinnern daran, dass der geltende Waffenstillstand ab 1:00 Uhr (Moskauer Zeit) am 23. Dezember 2017 in Kraft trat.

de.sputniknews.com: Syrien: USA wollen Extremisten-Enklave in Ost-Ghuta erhalten – Russlands Botschaft

Die Vorwürfe gegenüber Russland wegen dessen angeblicher Nichtbeachtung von Verpflichtungen in Syrien zielen laut der russischen Botschaft in den USA auf die Erhaltung einer extremistischen Enklave in Ost-Ghuta ab.

Laut dem Facebook-Beitrag der russischen Botschaft streben Russland und Syrien nach einer Regelung der Situation um Ost-Ghuta und verkünden einseitig gemeinsam die Einführung von täglichen fünfstündigen humanitären Pausen, in deren Rahmen humanitäre Korridore organisiert werden. Über sie sollten die Hilfe geliefert und die medizinische Evakuierung gemäß dem Punkt 10 der Resolution 2401 des UN-Sicherheitsrates durchgeführt werden. Die Umsetzung dieser Pläne scheitert demnach wegen der Kämpfer, die sich in Ost-Ghuta verschanzt haben und die Damaskus unter Vorstoß gegen die Waffenruhe weiterhin beschießen, aber auch wegen ihrer „Sponsoren, die die Hilfslieferung und die Evakuierung der Bürger aus diesem Bezirk verhindern“.

Die unbegründete Propagandakampagne Washingtons, „die aus Vorwürfen gegenüber Russland wegen seiner Nichtbeachtung von Verpflichtungen in Syrien besteht, weckt den Gedanken, dass dahinter tatsächlich nicht die Sorge um die Lage von Syrern, sondern die kaltblütige politische Berechnung steht, um jeden Preis die extremistische Enklave im Vorort der syrischen Hauptstadt zu erhalten“, heißt es aus der russischen Botschaft.

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko hat mit Wirkung vom 20. Februar 2018 den Rektor der Donbasser Nationaluniversität für Städtebau und Architektur Jewgenij Gorochow zum Bildungs- und Wissenschaftsminister der DVR ernannt.

Am selben Tag unterzeichnete das Staatsoberhaupt einen Erlass zur Entbindung von Larissa Poljakowa vom Amt der Bildungs- und Wissenschaftsministerin.

de.sputniknews.com: Ukraine versetzt Europa „Rückenschläge“ - Ungarns Außenminister  
Das ungarische Außenministerium hat die Aufhebung des ukrainischen Gesetzes, das die Verwendung von Regionalsprachen in Staatsorganen erlaubt hatte, scharf kritisiert, heißt es in einer Erklärung auf der Webseite der Behörde. Das Gesetz „Über Grundlagen der staatlichen Sprachpolitik“ war vom Verfassungsgericht in Kiew aufgehoben worden.

„In der Ukraine werden harte Attacken gegen die nationalen Minderheiten vorgenommen. Eine Serie miteinander verbundener Handlungen hatte mit dem Bildungsgesetz begonnen, wurde in Form von Angriffen auf den Hauptsitz der Gesellschaft ungarischer Kultur in Transkarpatien fortgesetzt und hat nun mit der Aufhebung des Sprachgesetzes, das den Minderheiten den Gebrauch ihrer Muttersprache ermöglichte, ihren Höhepunkt erreicht“, so der ungarische Außenminister Péter Szijjártó.

Derartiges wäre in einem Rechtsstaat unmöglich gewesen, fügte er hinzu.

Die Ukraine erwarte von Europa, so Szijjártó, eine Solidaritätsbekundung und versetze ihm zugleich mit ihren brutalen Maßnahmen gegen die nationalen Minderheiten „Schläge auf den Rücken“. Der Minister betonte, dass es sein Land ablehne, die Bestrebungen Kiews zur Integration mit Europa zu unterstützen, solange die Rechte der Minderheiten nicht wiederhergestellt worden seien.

Die Spannungen in den Beziehungen zwischen der Ukraine und Ungarn waren vor dem Hintergrund von Diskussionen über das ukrainische Bildungsgesetz entstanden, das unter anderem die Möglichkeiten für den Unterricht in den Sprachen der nationalen Minderheiten deutlich einschränkt.

Die Regierungen etlicher Länder, darunter auch von Ungarn und Rumänien, sind der Meinung, dass das besagte Gesetz die Rechte der nationalen Minderheiten verletze. Moskau ist ebenfalls zu dem Schluss gekommen, dass dieses Dokument der Verfassung und den internationalen Verpflichtungen der Ukraine widerspreche.

Dan-news.info: „Innerhalb von zwei Tagen, am 28.2. und 1.3., haben Brigaden des republikanischen Unternehmens „Regionale Energielieferungsgesellschaft“, die Stromversorgung in 63 Ortschaften der Republik wieder in Betrieb genommen, die ganz oder teilweise wegen des starken Windes und Schneefalls Stromausfälle hatten. Die Arbeiten gehen weiter“, teilte das Kohle- und Energieministerium der DVR mit.

Zu Beseitigung dieser Notfälle wurden zusätzliche Brigaden gebildet. Insgesamt sind mehr als 10.000 Häuser und 30 sozial wichtige Objekte wieder an die Stromversorgung angeschlossen worden.

Ukrinform.ua: Sicherheitsrat verlängert Sanktionen gegen russische Banken

Der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine habe die Sanktionen gegen Banken mit russischem Kapital verlängert, ließ der Pressedienst des Sicherheitsrates nach den Ergebnissen der gestrigen Sitzung mitteilen.

„Der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine hat den Vorschlag der Nationalbank der Ukraine (NBU) über die Verlängerung der persönlichen besonderen wirtschaftlichen und anderen restriktiven Maßnahmen (Sanktionen) gegen Banken mit russischem Kapital, deren Gültigkeit im März 2018 ablief, unterstützt“, heißt es in der Meldung.

Wie Ukrinform berichtete, hatte Präsident Petro Poroschenko während einer Sitzung des Sicherheitsrates vorgeschlagen, die Sanktionen gegen russische Banken zu verlängern. Er stellte fest, dass die russischen Banken jetzt ihre Geschäfte in der Ukraine abbauen und parallel nach neuen Käufern suchen, deshalb sei ihr Ausstieg aus dem ukrainischen Markt nur eine Frage der Zeit.

Poroschenko gab bekannt, dass der Anteil der Banken mit staatlichem russischen Kapital am Nettovermögen des Bankensystems der Ukraine in den letzten drei Jahren auf fast das Zweifache – von 10,6 % auf 5,6 % - zurückgegangen ist.

Dnr-online.ru: Heute hat das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko eine Erklärung abgegeben, dass ab heute eine Kommission gebildet wird, die ein soziales Programm zur Unterstützung von Soldaten und Familien gefallener Soldaten erarbeiten wird.

„Ich kenne die Situation sehr gut, die bei uns bezüglich des sozialen Schutzes von Soldaten, die aus gesundheitlichen Gründen aus der Armee der DVR ausscheiden, und von den Mitgliedern der Familien gefallener Soldaten besteht, sehr gut. Arbeit auf diesem Gebiet findet statt, aber sie ist bei weitem unzureichend. Die soziale Unterstützung, die ihnen zur Zeit geleistet wird, gewährleistet keinen vollständigen sozialen Schutz. Ab heute beginnt in der DVR die Arbeit zur Schaffung eines Programms zur sozialen Unterstützung von Soldaten, die aus gesundheitlichen Gründen ausscheiden, und von Familien gefallener Soldaten. Ich habe einen Erlass über die Ausarbeitung dieses Programms innerhalb eines Monats unterzeichnet. Es wird die Bereiche der Gesundheitsversorgung, der Bildung und des sozialen Schutzes unserer Soldaten umfassen.

Außerdem wies ich als Vorsitzender gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ das zentrale Exekutivkomitee der Bewegung an, einen speziellen Fonds für die Realisierung des Hilfsprogramms für die Soldaten zu schaffen. Für die Organisation der Arbeit des Fonds werden Mitglieder von Familien gefallener Soldaten herangezogen. So dass jeder unserer Soldaten weiß, dass weder er noch seine Familie vergessen werden wird. Wir denken an jeden Soldaten der Republik. Das Programm zum sozialen Schutz wird auf dauerhafter Grundlage erarbeitet“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Er merkte auch an, dass das Programm die Organisation von Apotheken mit Ermäßigungen für die Soldaten, verbesserte Arbeit bei der Arbeitsplatzbeschaffung für Soldaten, die aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden sind, kostenlose Ausbildung für ihre Kinder usw. umfassen wird. In den nächsten Tagen werden die Adressen bekanntgegeben, an die sich die Soldaten wenden können, um Hilfe zu erhalten.

„Wir haben bereits eine Reihe von Hilfsprogrammen für aus gesundheitlichen Gründen ausgeschiedene Soldaten. Jetzt wird diese Unterstützung strukturierter erfolgen, nicht nur im Bereich des Gesundheitswesens, sondern auch im sozialen Bereich. Unsere Hauptaufgabe ist es, unseren Soldaten allumfassende Unterstützung zu leisten. Sie müssen davon überzeugt sein, dass unser Land an seine Helden denkt“, unterstrich das Republikoberhaupt.

de.sputniknews.com: Solchen Dialog wird Russland nun mit USA führen – Sacharowa  
Russland, das seine Verteidigungsfähigkeit gefestigt hat, hat alles getan, um einen militärischen Zusammenstoß mit den USA zu verhindern. Dies sagte am Freitag die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, gegenüber dem Radiosender „Goworit Moskwa“.

„Die gestrige Ansprache (des russischen Präsidenten Wladimir Putin an die Föderale Versammlung – Anm. d. Red.) spricht gerade dafür“, wird Sacharowa von russischen Medien zitiert. „Alles wurde getan, damit dies (ein Zusammenstoß – Anm. d. Red.) nicht passiert.“ Alle Versuche Russlands, die USA zu einem Gespräch einzuladen, hätten keine Ergebnisse gebracht.

„Wir sind nun zu einem qualitativ anderen Gespräch bereit. Das wird eine Frage weder von Bitten noch von Erklärungen sein, dass dies unsere Sicherheit gefährdet. Das wird ein Gespräch aus ganz anderen Positionen sein“, so Sacharowa.

Putin hatte am Donnerstag in seiner Ansprache zur Lage der Nation eine ganze Reihe

strategischer Waffen vorgestellt, die der Öffentlichkeit bis heute unbekannt waren und die Putin zufolge keine Analoga in der Welt haben. Die wachsende russische militärische Kapazität sei eine Garantie für die Erhaltung des Friedens, so der russische Präsident.

## Nachmittags:

de.sputniknews.com: Nach Putin-Ansprache: Kreml zu Gerüchten über „nach Florida fliegende Raketen“

Moskau hat laut Dmitri Peskow nicht vor, irgendjemanden anzugreifen. Wie der Kreml-Sprecher am Freitag gegenüber der Presse betonte, stellen die neuen russischen Waffen keine Gefahr für jene dar, die Russland ebenso nicht anzugreifen planen.

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte am Donnerstag in seiner Ansprache zur Lage der Nation eine ganze Reihe strategischer Waffen vorgestellt, die der Öffentlichkeit bis dahin unbekannt waren und die Putin zufolge keine Analoga in der Welt haben. Die wachsende russische militärische Kapazität sei eine Garantie für die Erhaltung des Friedens, so der russische Präsident. Laut ihm bekamen nun die strategischen Atomstreitkräfte des Landes 80 neue Interkontinentalraketen, 102 ballistische Raketen für U-Boote und drei strategische Atom-U-Boote „Borej“.

Darüber hinaus präsentierte Russlands Präsident in einem Video die Interkontinentalrakete „Sarmat“. In den USA zeigte man sich aber später über die Aufnahme besorgt, da darin eine Landkarte der USA zu sehen gewesen sein soll, in deren Richtung die russische Rakete geflogen sei.

„Ehrlich gesagt habe ich keine Karte von Florida gesehen, deswegen sehe ich keinen Anlass dafür, um darüber zu sprechen, dass tatsächlich irgendwelche Bundesstaaten der USA genutzt worden sind. Dort wurden keine Karten verwendet, das sind absolut fiktive Umrisse, es gibt keine Verknüpfung zu einem konkreten Land“, sagte Peskow.

„Und ich wiederhole nochmals, darüber hat der Präsident auch gesprochen, dass Russland nicht beabsichtigt, jemanden anzugreifen, und diese Waffe keine Bedrohung für jemanden darstellt, der keinen Angriff auf unser Land erwägt“, betonte er weiter.

Damit reagierte der Kreml-Sprecher auf die jüngsten Aussagen der amtlichen Sprecherin des US-Außenministeriums, Heather Nauert. Sie hatte zuvor darauf verwiesen, dass das Video „zeigt, wie die russische Regierung die USA attackiert“ (laut Internetnutzen ging es dabei um den US-Bundesstaat Florida). „Ich denke nicht, dass das konstruktiv und verantwortungsvoll ist“, sagte sie. Bei dem Briefing warfen russische Journalisten sowie amerikanische Kollegen ein, dass in der Aufnahme nicht zu erkennen gewesen sei, dass die Rakete tatsächlich Richtung USA geflogen sei. Nauert konterte, dass es jedoch „ganz klar“ sei, worauf die russische Regierung gezielt habe.

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/1J3WXPr7DxE" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/1J3WXPr7DxE>

lug-info.com: In allen Hochschulen der LVR werden 2018 Abteilungen für die Organisation des Fernstudiums im Rahmen des humanitären Programms zur Wiedervereinigung des Volkes des Donbass eingerichtet. Darüber berichtete heute der stellvertretende Bildungs- und Wissenschaftsminister der LVR Nikolaj Klipakow. Diese Abteilungen werden sowohl Spezialisten für didaktische Fragen bei der Ausarbeitung der Kurse als auch Möglichkeiten ständiger Beratung für die Fernstudenten beinhalten.

Derzeit gibt es bereits 300 Fernstudenten, das ist die Hälfte aller Studenten vom zeitweise von

## der Ukraine kontrollierten Territorium.

de.sputniknews.com: Nach Putins Rede zur Lage der Nation – USA erzürnt über „Verstoß gegen INF-Vertrag“

Laut der amtlichen Sprecherin des US-Außenministeriums, Heather Nauert, stehen die neuen russischen Waffensysteme, deren Schaffung Präsident Wladimir Putin am Donnerstag mitgeteilt hatte, im Widerspruch zum Vertrag über die Vernichtung von Kurz- und Mittelstreckenraketen (INF-Vertrag).

In seiner Botschaft an die Nation am Donnerstag hatte der russische Präsident unter anderem die schwere Interkontinentalrakete „Sarmat“, die Hyperschallrakete „Kinschal“ (Dolch), einen atomgetriebenen Marschflugkörper, Laserwaffen und superschnelle Untersee-Drohnen genannt.

„Einige dieser Waffen widersprechen dem INF-Vertrag, was uns sehr beunruhigt. Sie (Russland) halten den INF-Vertrag seit 2014 nicht mehr ein, indem sie bodengestützte Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper entwickelten und damit den INF-Vertrag direkt verletzen“, so Nauert.

Der russische Botschafter in den USA, Anatoli Antonow, hat die gegen Russland erhobenen Anschuldigungen zurückgewiesen.

„Das US-Außenministerium kennt sich offensichtlich nicht genau in diesem Bereich aus. In der Botschaft von Wladimir Putin ging es um strategische Waffen, die nicht unter die im INF-Vertrag festgelegte Begrenzung fallen“, wird Antonows Äußerung auf der Facebook-Seite der russischen Botschaft in den USA zitiert.

Russland entwickle sein nukleares Potenzial und verletze dabei keine der Vereinbarungen im Bereich der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Wie Antonow betonte, sind die von den USA erhobenen Anschuldigungen weder von technischen Daten der besagten Startrampe, die angeblich im Widerspruch zum Vertrag stehen soll, noch von telemetrischen Flugdaten untermauert.

Der Diplomat äußerte seinerseits große Besorgnis über die Art und Weise, wie die USA selbst die Vertragsbedingungen einhalten. „Das sind die Verwendung von Zielflugkörpern, die nach ihren Daten ballistischen Mittel- und Kurzstreckenraketen analog sind, die Herstellung und die Nutzung von unbemannten Angriffsfluggeräten sowie die Stationierung universeller Startrampen auf den Flugabwehrbasen in Rumänien und Polen. Diese Startrampen ermöglichen es unter anderem, Marschflugkörper in eine im Vertrag verbotene Entfernung zu schicken“, so Antonow.

Die USA hätten außerdem angekündigt, mit der Entwicklung von bodengestützten Marschflugkörpern beginnen zu wollen, deren Reichweite gegen den INF-Vertrag verstoße, erinnerte der Botschafter.

Moskau habe die USA wiederholt zu einem professionellen Gespräch zu diesem Thema aufgefordert, so Antonow. Er brachte die Überzeugung zum Ausdruck, dass die Zerstörung des INF-Vertrags ein schwerer Schlag gegen das Kontrollregime über die Rüstungen und die Nichtweiterverbreitung von Nuklearwaffen wäre.

de.sputniknews.com: „Propaganda“: Ukrainisch bei UN-Sprachbaum nur Zweig des Russischen – Kiew sauer.

Der Abgeordnete der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) von der „Volksfront“ Andrej Teteruk hat am Freitag auf Facebook den Vereinten Nationen vorgeworfen, „Propaganda“ verbreitet zu haben. Diese Aussage ist auf eine Informationsgrafik der Uno zurückzuführen, laut der die ukrainische Sprache der russischen entstammen soll.

„Die ukrainische Sprache wird als eine angeblich spätere Ableitung aus dem Russischen dargestellt, die sich viel später als die russische und die weißrussische Sprache herausgebildet



haben soll. Wir können nicht umhin, auf diese unwahre Tatsache aufmerksam zu machen, weil diese Behauptung einer Reihe von zielgerichteten Schritten zur Bewertung der ukrainischen Sprache bzw. des ukrainischen Volkes entspricht“, schrieb Teteruk auf seinem Facebook-Account.

Zudem bezeichnete er die Sprachfrage als einen Teil des „Hybridkriegs“ Russlands gegen die Ukraine. Teteruk zufolge hat jetzt eine „neue Etappe der Offensive“ begonnen, in die die Uno verwickelt sei.

Die Infografik wurde auf der offiziellen Webseite der Uno auf Facebook veröffentlicht. Sie stellt einen Baum dar, der die Verbindungen und die Verwandtschaft zwischen den Sprachen der Welt zeigt. Gemäß dieser Grafik, die mittlerweile entfernt wurde, entstammt die ukrainische Sprache der russischen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31978/15/319781570.png>

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Oberst E. A. Basurin über die Situation an der Kontaktlinie vom 23. Februar bis 2. März 2018  
Guten Tag!

In den Streitkräften der Donezker Volksrepublik wird eine hohe Bereitschaft im Hinblick auf eine mögliche Verschärfung der Lage aufrechterhalten, in der letzten Woche wurden Übungsmaßnahmen mit dem Unteroffizierspersonal und Spezialisten des medizinischen Dienstes durchgeführt, außerdem geht der Prozess des Trainings von Bataillonen, Abteilungen und einzelnen Kompanien weiter.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner weiter das Regime der Feueereinstellung verletzt, es wurde eine unwesentliche Verringerung der Feueraktivität von Seiten der ukrainischen Besatzer festgestellt.

In **Richtung Donezk** hat der Gegner auf die Gebiete von **Dokutschajewsk und Petrowskoje** acht Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgefeuert und außerdem mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **drei Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten der ukrainischen Besatzer festgestellt.

Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche 65 mal das Regime der Feueereinstellung verletzt** und 38 Artilleriegranaten der Kaliber 152 und 122mm sowie 252 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden die Gebiete von **25 Ortschaften der Republik beschossen**.

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Besatzer wurden 24 Häuser in Gorlowka, Sajzewo, Dokutschajewsk und im Petrowskij-Bezirk von Donezk zerstört oder beschädigt.

In der letzten Woche gab es leider Opfer.

**Zwei Verteidiger der Republik starben, eine zivile Einwohnerin wurde verletzt.**

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte konzentriert weiter schwere Waffen in der Nähe der Kontaktlinie. Im einzelnen hat unsere Aufklärung festgestellt:

9 152mm-Haubitzen „MSTA-B“;

10 122mm-Haubitzen „Gwodika“;

1 100mm-Antipanzergeschütze „Rapira“;

4 Abwehrraketenkomplexe „Osa“;

1 135mm Antipanzerenkraketenkomplex „Konkurs“, der auf einem Schützenpanzer installiert ist;

4 T-64-Panzer.

Die ukrainische militärische Besatzungskommando hat entsprechend dem Gesetz „Über die Reintegration des Donbass“ mit der Reorganisation des Stabes der sogenannten „ATO“ in einen Operationsstab der vereinigten Kräfte begonnen. Die militärische Komponente dieses Gesetzes sieht die Übergabe der führenden Rolle vom Sicherheitsdienst an das Kommando der ukrainischen Streitkräfte vor, was eine Vergrößerung der Zahl hoher Funktionen für Militärs im Stab nach sich zieht.

Die militärisch-politische Führung der Ukraine wählt derzeit Kandidaten für die Funktion des Kommandeurs der vereinigten Kräfte und andere Schlüsselfunktionen aus. In diesem Zusammenhang hat sich unter den Brigadekommandeuren der ukrainischen Streitkräfte ein erbitterter Konkurrenzkampf um „warme Plätze“ entwickelt. Es ist für niemanden mehr ein Geheimnis, dass die ukrainischen „Heerführer“ in die Zone des militärischen Konflikts drängen, weil der organisierte Prozess zur Unterschlagung von Treibstoff, ungesetzlichem Waffen- und Drogenhandel über sogenannte „Freiwillige“ in andere Oblaste der Ukraine für viele eine der hauptsächlichen Einkommensquellen geworden ist. Je höher die Funktion, desto größer der Gewinn durch den Krieg.

Im Vorfeld des Besuchs des ukrainischen Präsidenten in der Zone der sogenannten ATO haben die Brigadekommandeure beschlossen, sich in Erinnerung zu bringen, in der Hoffnung, dass

sie bemerkt werden. So haben sich in der letzten Woche der Kommandeur der 54. mechanisierten Brigade Majstrenko und der Kommandeur der 93. mechanisierten Brigade Klotschkow besonders ausgezeichnet. Diese Kriegsverbrecher haben grundlegende Kräfte darauf konzentriert, ihre Entschiedenheit und Kühnheit zu zeigen und dabei zivile Objekte vernichtet, als Vermächtnis für ihren Herrn Poroschenko.

Majstrenko hat verbrecherische Aktivitäten gegenüber den zivilen Einwohnern von Sajzewo geplant und durchgeführt und ihren Wohnraum zerstört. Klotschkow ist noch weiter gegangen. Dieser Kriegsverbrecher hält seit einigen Wochen die Einwohner von Dokutschajewsk in Angst, indem er Objekte der zivilen Infrastruktur mit allen Arten von Waffen beschießt. Zuerst befahl er, das Feuer auf Kinder in einer Schule und einem Internat zu eröffnen. In den folgenden Tagen hat er sich neben der für ihn gewöhnlichen Vernichtung von Wohnhäusern durch einen zynischen Mord an Ärzten, die einen Verletzten evakuierten, ausgezeichnet. Dabei hatte sich Klotschkow selbst verpflichtet, das Feuer bis zum Abschluss der Evakuierungsmaßnahme nicht zu eröffnen und die Getöteten so in eine Falle gelockt. Direkt nach diesem Mord hat Klotschkow ein weiteres Verbrechen organisiert und ein ziviles Fahrzeug, das Brot in die Bezirke von Dokutschajewsk, das am meisten unter dem Feuer der ukrainischen Besatzer leidet, lieferte, vernichtet.

Im Ergebnis dieser „Wettbewerbe“ in der Vernichtung der Bevölkerung des Donbass zwischen den ukrainischen Kommandeuren ist Klotschkow als deutlicher Führer hervorgegangen und kann sicher auf die Dankbarkeit seines Herrn Poroschenko und eine hohe militärische Funktion hoffen.

All diese Kriegsverbrechen werden von den ukrainischen Propagandisten aktiv gedeckt. Außerdem werden verstärkt von der Regierung kontrollierte Blogger und Freiwillige herangezogen. **So versucht die ukrainische „Propagandamaschine“ durch primitive Manipulationen ein Sanitätsfahrzeug in einen Schützenpanzer zu verwandeln, der angeblich Aufklärung betrieben hat, und einen Brotlieferwagen in ein Fahrzeug, mit dem Munition geliefert wird.**

Gleichzeitig zieht der Gegner weiter Truppengruppierungen zusammen und führt Vorbereitungsmaßnahmen zu Entfaltung breit angelegter Kämpfe durch. Es ist eine **intensive Lieferung von Munition und Treibstoff näher an die Kontaktlinie** zu bemerken. In der letzten Woche haben die ukrainischen Besatzer improvisierte Lager, die auf dem Territorium eines Pionierlagers im Gebiet von Winogradnoje eingerichtet wurden, mit Geschossen und Raketen „vollgestopft“.

In der Nähe von Granitnoje wurde die Aktivität von Vertretern des Stabes der operativ-taktischen Gruppe „Donezk“ bemerkt, die dieses Gebiet erkundeten, um Übergänge über Wasserhindernisse vorzubereiten.

**Das ukrainische Besatzungskommando hat die Luftaufklärung in Richtung Gorlowka und Donezk verstärkt.** Es werden Daten für Artillerieschlagriffe unter Verwendung von Aufklärungsinformationen von Drohnen vorbereitet. Die wertvollsten Daten erhalten die ukrainischen Generäle vom übergeordneten Stab, namentlich von den amerikanischen „Partnern“, die mit Hilfe von strategischen Drohnen Aufklärung im Donbass betreiben. **In der letzten Woche wurde dreimal eine Drohne „Global Hawk“ im Luftraum der Ukraine bemerkt.**

Die Vorbereitung Kiews auf den Krieg muss Beunruhigung hervorrufen. Aber ich will die verbrecherische ukrainische Regierung warnen. Wir sind über alle Ihre Pläne informiert und zu jeder Entwicklung der Ereignisse bereit. Der nächste in Erarbeitung befindliche „Blitzkrieg“ ist zu einem vernichtenden Scheitern verurteilt, aus dem der ukrainische Staat nicht mehr herauskommen wird.

Technologischer Durchbruch, Halbierung der Armutsquote, die Vorstellung neuer Waffen – Sputnik fasst in diesem Artikel die wichtigsten Aspekte der gestrigen Jahresansprache des russischen Präsidenten Wladimir Putin an die Föderalversammlung (Parlament) zusammen. Den ersten Teil seiner Rede widmete der Kremlchef den sozialwirtschaftlichen Aufgaben, die vor der Staatsführung stehen. Professor Alexej Portanski von der Moskauer Higher School of Economics findet, dass der wichtigste Moment darin bestehe, dass Putin reale Probleme auf diesem Gebiet einräume. Es gehe um den wissenschaftlich-technischen Rückstand Russlands, um die mangelhafte Entwicklung seiner Infrastruktur und um das nach wie vor hohe Armutsniveau, betonte der Experte.

„Putin zeigte, dass er über diese Probleme wirklich beunruhigt ist. Es ist sehr wichtig, dass auch unser politisches Establishment diese Besorgnis teilt. Der wichtigste Aufruf des Präsidenten war meines Erachtens, dass ‚der Freiheitsraum erweitert werden‘ sollte“, so Portanski.

Die von Präsident Putin hervorgehobenen Probleme hätten nach seiner Auffassung schon längst gelöst werden müssen. Beispielsweise verlangte der Staatschef, dass bewaffnete Strukturen mit unbegründeter Verfolgung von Unternehmern aufhören sollten. Außerdem äußerte er sich für die Verdopplung des Exports in Branchen, die mit der Rohstoffförderung nicht verbunden sind. Diese Aufgaben sind miteinander verbunden und hängen von den anderen Zielen ab, die Putin bestimmt hat (technologischer Durchbruch, Verbesserung des Geschäftsklimas).

„Ein Wachstum zu sichern, das intensiver als weltweit wäre, ist eine kaum erfüllbare Aufgabe. Aber ihre Lösung hängt unmittelbar damit zusammen, wie erfolgreich alle anderen Probleme – die Entwicklung der Geschäftskreise, der Wissenschaft usw. – in den Griff bekommen werden“, stellte der Professor fest.

„*Menschenorientierte Wirtschaft*“

In seiner Ansprache habe Putin ein ambitioniertes Projekt der sozialwirtschaftlichen Entwicklung Russlands präsentiert und dabei die künftigen Profiteure genannt, sagte der Direktor des Internationalen Instituts für politische Expertise, Jewgeni Mintschenko.

„Die stille Konkurrenz verschiedener Programme hat das Konzept der infrastrukturellen Entwicklungstreiber gewonnen. Im Wortlaut der Ansprache erkannte ich viele Momente, die es im Programm des Ex-Finanzministers Alexej Kudrin gegeben hatte“, betonte der Experte.

„Spezialisten hatten auch früher bemerkt, dass die Produktionsplanung an die Entwicklungsprogramme von Regionen gebunden werden sollte. Die vom Präsidenten erwähnten Richtungen der Vervollkommnung der städtischen Umwelt – von Klein- bis zu Millionenstädten – zeugen davon, dass Putin verschiedene Machtzweige ausgerechnet zu dieser Vorgehensweise auffordert“, findet seinerseits der Präsident des Zentrums für strategische Kommunikationen, Dmitri Absalow. „Eine harmonische Verbindung zwischen der Wirtschaft, dem Sozial-, dem Bildungs- und Gesundheitswesen sowie der Demographie — das ist eine sehr richtige Wahl.“

Die Entwicklung der regionalen Infrastruktur werde es gestatten, diverse „Engpässe zu erweitern, die aktuell den Produktionsaufschwung behindern“, ergänzte der Experte.

„Die Aufgabe zur Halbierung des Armutsniveaus ist sehr ernst, besonders wenn man bedenkt, dass auch das Ziel gestellt wurde, das Existenzminimum bis zum Frühjahr auf den Mindestlohn anzuheben. Es ist klar, dass sich dieses Programm voll und ganz auf die ‚menschenorientierte Wirtschaft‘ stützt. Es müssen hochrentable Arbeitsplätze geschaffen werden, es müssen günstige Hypothekenkredite gefördert werden. Auch darüber sprach der Präsident ausführlich“, so Absalow.

„*Niemand will uns angreifen*“

Nicht weniger bedeutend war auch der zweite Teil der Präsidentenrede. Jewgeni Mintschenko hält Putins Aussagen zum Thema Außenpolitik für den wichtigsten Aspekt seines Auftritts.

„Eine dermaßen offene Herausforderung an den Westen sahen wir zum ersten Mal seit einer

sehr langen Zeit. Im Grunde stellte Putin ein außenpolitisches Ultimatum, wobei er warnte, dass alle Aktivitäten der USA, die Russlands Interessen beeinträchtigen, Folgen haben würden“, stellte der Politologe fest.

Putins Ansprache an das Parlament sei ein Signal an den Westen und zugleich die Präsentation des militärischen Potenzials Russlands gewesen, stimmte Dmitri Absalow zu. Der Staatschef habe zweifellos ausgerechnet über real bestehende Waffenarten gesprochen. Er habe klar und deutlich zu verstehen gegeben, dass Russland ein richtiger Durchbruch gelungen sei und dass es inzwischen über Hyperschall- und Laserwaffen verfüge. „Dass Russland Super-Offensivsysteme hat und die Konkurrenz keine effizienten Schutzmittel besitzt, ist ein weiterer Beweis für die reale Parität. Das bedeutet im Grunde, dass die Raketenabwehrsysteme, die gerade in Polen und Rumänien aufgestellt werden, in Wahrheit nutzlos sein werden, und die darin investierten Milliarden Dollar so gut wie in den Wind geschmissen wurden“, so Absalow.

Der Experte Mintschenko zweifelt allerdings, ob man im Westen, und vor allem in den USA, Putin wirklich gehört hat. Im Gegenteil, seine Rede werde man eher als ein Signal zur Intensivierung des Wettrüstens wahrnehmen.

Und Absalow zeigte sich überzeugt, dass es in westlichen Medien demnächst von hysterischen Schlagzeilen wimmeln werde. Dabei habe aber ausgerechnet Washington als erster die Prinzipien der „Atomwaffen-Beschränkungen“ verletzt, indem es die Modernisierung seiner Arsenale begann. Und Putin habe jetzt erläutert, dass es sinnlos sei, die Parität ins Schwanken zu bringen, weil Russland jeden Schritt seiner Opponenten auf diesem Gebiet beantworten werde.

„Die USA haben ein eindeutiges Signal bekommen, dass sie ein neues Wettrüsten und Säbelrasseln vermeiden sollten. Man müsste verhandeln und Vereinbarungen treffen“, resümierte Absalow.

Der Experte Portanski hob Putins Bemerkung hervor, dass „niemand vor hat, Russland anzugreifen, und auch Russland selbst niemanden angreifen will“. „Das zieht der hysterischen und panischen Propaganda sofort den Boden unter den Füßen weg, und zwar auf beiden Seiten“, stellte er fest.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31977/92/319779258.jpg>

**dnr-news.com: Poroschenko rief die Ukrainer dazu auf, in ihren Wohnungen die Temperatur der Heizung um 1 °C zu senken**

Der Präsident Petr Poroschenko rief die Bürger des Landes auf, die Temperatur der Heizung zu senken und Wärmeverlust in den Häusern zu vermeiden. Dies schrieb Poroschenko auf seiner Facebook-Seite.

Er bezeichnete die Initiative des Unternehmens „Naftogas Ukrainy“, das am Freitagmorgen die Einwohner des Landes aufgefordert hatten, weniger Gas für die Heizung der Wohnräume zu verwenden, als wichtig.

„Indem ich mich persönlich dieser Initiative anschließe, rufe ich auch alle staatlichen Einrichtungen auf, nach Möglichkeit die Temperatur in den Gebäuden zu senken. Außerdem bitte ich die Bürger, die Heizung für ein paar Tage nur um 1°C herunter zu drehen oder Wärmeverluste in den Häusern maximal zu vermeiden“, schrieb er.

Seinen Worten nach hat „Gazprom“ nach der Niederlage gegen die Ukraine vor dem Stockholmer Schiedsgericht den Druck in den Gaspipelines auf seiner Seite des Systems um 20% reduziert, „um die Ukraine zu diskreditieren“.

„Um dieses Szenario zu zerstören, reicht es, für ein paar Tage die Temperatur in den Häusern um 1°C zu senken“, erklärte Poroschenko.



[http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-03/thumbs/1520000304\\_screenshot\\_14.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-03/thumbs/1520000304_screenshot_14.jpg)

de.sputniknews.com: Webseite mit Listen von „Feinden der Ukraine“: Uno übt scharfe Kritik an „Mirotworez“.

Die Uno hat die ukrainische Webseite „Mirotworez“, die Verbindungen zum ukrainischen Inlandsgeheimdienst SBU und zum Innenministerium des Landes hat, scharf kritisiert. Der UN-Vertreter Benjamin Moreau hat auf die Menschenrechtsverletzungen durch die Aktivität der Seite hingewiesen.

„Wie wir schon unterstrichen haben, verletzt diese Situation das Recht auf Privatleben und Unschuldsvermutung. Dort (auf der Webseite – Anm. d. Red.) werden Fotos, volle Namen und oftmals sogar Adressen von Journalisten veröffentlicht“, wird Moreau, stellvertretender Leiter der UN-Beobachtermission zur Überwachung der Menschenrechte in der Ukraine, von der Nachrichtenagentur Ukrainskije Nowosti zitiert.

Wie er weiter betonte, verweigern manche ukrainischen Banken den Personen, die auf der Webseite aufgelistet sind, Kredite.

„Mirotworez“ ist eine 2014 auf die Initiative von Anton Geraschtschenko, des damaligen Beraters des ukrainischen Innenministers, erschöpfnete Webseite. Darauf werden persönliche Daten von Menschen veröffentlicht, die von den Betreibern als „Feinde der Ukraine“,

„Separatisten“ und „Kreml-Agenten“ angesehen werden.

Internationale Bekanntheit erlangte die Webseite im Fall der Ermordung der Oppositionellen Oles Busyna und Oleh Kalaschnikow. Beide wurden samt vollständiger Adressen in die „Mirotworez“-Liste eingetragen und einen bzw. zwei Tage später vor ihren jeweiligen Wohnhäusern niedergeschossen.

Im Mai 2016 kam es zu einem Skandal, als „Mirotworez“ über 4000 Namen, Telefonnummern und E-Mails von in- und ausländischen Journalisten, die aus der Ostukraine berichtet hatten, veröffentlichte. Die OSZE und das Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) zeigten sich besorgt.

Die Webseite veröffentlicht zudem regelmäßig Namen russischer Prominenten wie beispielsweise Schauspieler und Sänger, denen damit die Einreise in die Ukraine verweigert wird.

Armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des operativen Kommandos der Streitkräfte der DVR: Heute haben ukrainische Kämpfer einen weiteren Versuch zur Verschärfung der Situation unternommen. **In Richtung Mariupol hat der Gegner einen militärischen Ausfall unternommen.** Eine Erkundungsgruppe mit 15 Mann hat unter Deckung von Mörserfeuer einen Versuch unternommen, unsere Positionen an der Kontaktlinie im Gebiet von **Oktjabrj** einzunehmen. Es erfolgte ein Gefecht, in dessen Verlauf **ein Soldat der Streitkräfte der DVR verletzt wurde und ein weiterer gefangen genommen** wurde. Aber dem Gegner ist es nicht gelungen, seinen Plan durchzuführen. Eine rechtzeitig erschienene Verstärkung hat den Feind abgewehrt und zurückgeworfen. **Der Gegner erlitt Verluste – zwei Tote und mindestens zwei Verletzte.**

Der Versuche der Einnahme unserer Positionen und der gefangene Soldat bestätigen die Vorbereitung des Gegners zu aktiven Angriffshandlungen trotz des gültigen Waffenstillstands und der Feuereinstellung. Das Kommando der Streitkräfte der Ukraine strebt danach, Daten über den Aufbau der Verteidigung und der Einheiten der Streitkräfte der DVR an der vordersten Linie zu erhalten.

Die Streitkräfte der DVR sind bereit, die ukrainische Aggression abzuwehren. Außerdem ergreift unser Kommando die notwendigen Maßnahmen, um den gefangenen Soldaten zurückzuholen. Wie Beispiele der Behandlung unserer Soldaten in ukrainischer Gefangenschaft zeigen, wenden die Spezialdienste ihnen gegenüber Maßnahmen des psychischen Drucks, psychotrope Mittel und Folter an, um Aufklärungsdaten zu erhalten und sie zu falschen Erklärungen in den Massenmedien zu zwingen.

## Abends:

de.sputniknews.com: „Verstärkter Brückenkopf“: Wie sich USA Lage in Ost-Ghuta zunutze machen wollen

Der syrische Militärexperte Hetham Hassun hat am Freitag in einem Gespräch mit Sputnik erläutert, warum US-amerikanische Medien auf der Seite bewaffneter Gruppen in Syrien sind und westliche Politiker gegen den Sturm der Stellungen der Terroristen in Ost-Ghuta auftreten.

Laut dem Experten unterstützen die USA und westliche Länder nicht zum ersten Mal bewaffnete Terrorgruppierungen in Syrien. Nun aber würden die Amerikaner die Situation in Ost-Ghuta ausnutzen wollen, um Syrien und Russland unter Druck zu setzen und eigene politische und militärische Ziele zu erreichen.

„Wir haben derartige Informations- und diplomatische Kampagnen zur Unterstützung von Extremisten schon vor der Befreiung Aleppos und Homs gesehen. Genau dasselbe erfolgt zurzeit in Ghuta. Die westlichen Länder trainieren Kämpfer, versorgen sie mit Waffen und

allem Nötigen und unterstützen sie auch im Informationsfeld“, betonte Hassun. Wie er ausführte, wollen die Amerikaner aus Ghuta einen „verstärkten Brückenkopf“ für einen weiteren Druck auf das offizielle Damaskus machen. Dafür sollen Truppen zur Unterstützung aus dem von den USA besetzten Gebiet um at-Tanf verlegt werden. Im Falle des Erfolgs werde dies als effizientes Einflussinstrument dienen, weil sich die ganze Regierung in der syrischen Hauptstadt befindet. Dem Experten zufolge können sich die USA in die Operation in Ghuta nicht unmittelbar einmischen, da russische Luftabwehrsysteme den Luftraum über diesem Gebiet schützen. Zudem werde die syrische Armee ihre Offensive fortsetzen und letzten Endes die Terroristen daraus verdrängen. Westliche Medien verbreiteten Bilder aus Ost-Ghuta, verschwiegen aber zugleich die Situation in den Orten Fua und Kefraja, wo die Zivilisten unter langjähriger Belagerung leiden und sterben. Dass die Lage in Ost-Ghuta sich trotz der UN-Resolution weiter zuspitzt, sagte am 26. Februar der Leiter des russischen Zentrums zur Versöhnung der Konfliktparteien in Syrien, Generalmajor Juri Jewtuschenko. Es seien mehrere Kampfgruppen, die die Feuerpausen missachten: Liwa al-Islam, Hai'at Tahrir asch-Scham (hervorgegangen aus der Al-Nusra-Front) und Ahrar al-Scham. Diese Kräfte würden koordiniert vorgehen, unter gemeinsamem Oberkommando. „Dabei halten sie Geiseln, auch Frauen und Kinder. Und sie hindern friedliche Bürger daran, die gefährliche Enklave zu verlassen“, sagte Jewtuschenko. Nach Angaben des Versöhnungszentrums wird die syrische Hauptstadt weiterhin aus Granatwerfern beschossen – von dem Gebiet in Ost-Ghuta aus, das von Liwa al-Islam kontrolliert wird. Diese Terrormiliz hatte zuvor der Feuerpause zugestimmt. Innerhalb der letzten Wochen soll die Terrorgruppe über 200 Geschosse auf Damaskus abgefeuert haben. Vier Menschen sollen gestorben und 50 verletzt worden sein, darunter 16 Kinder.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31978/55/319785596.jpg>